

Nein zur Wiederauflage von R2G! Für eine kämpferische linke Opposition!

Antragssteller: Michael Koschitzki (BO Reuterkiez)

Antrag: DIE LINKE Neukölln spricht sich gegen den Eintritt in eine Regierung mit SPD und Grünen aus, bekräftigt die Forderung nach einem schnellen Landesparteitag und ruft alle Mitglieder auf, in der Urabstimmung gegen den Koalitionsvertrag und die Regierungsbildung zu stimmen. Sollte es zu einer Koalition kommen, fordert sie die Abgeordneten des Neuköllner Bezirksverbandes auf, nicht für Giffey als Regierende Bürgermeisterin zu stimmen.

Begründung: (Kritische Anmerkungen zum ausgehandelten Koalitionsvertrag erfolgen mündlich.) Aus der letzten Regierungsbeteiligung muss eine kritische Bilanz gezogen werden. Während sich die Regierung mit einigen positiven Sachen, wie kostenlosem Nahverkehr für Schüler*innen schmücken kann, stehen dem viele Makel gegenüber. Dazu zählen ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Der Umgang mit der Coronakrise hat sich nicht grundlegend von anderen Bundesländern unterschieden. Ausgangssperren wurden durchgesetzt. Luftfilter in Schulen waren viel zu lange Mangelware und es wurden kaum Vorkehrungen zum Schutz der Armen getroffen.
- An den Berliner Krankenhäusern herrscht immer noch Personalmangel. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Rückkehr der Tochtergesellschaften in den TVÖD wurde nicht umgesetzt. Noch fünf Jahre später streiken die Beschäftigten dafür.
- Die Berliner S-Bahn wird teilprivatisiert. Die Überführung von Schulen in eine riskante Rechtsform kann enorme Belastung für die Zukunft bringen.
- Unter R2G wurden Einrichtungen wie das Syndikat geräumt. Geisel übt in der Rigaerstr. und Köpenicker Str. den Polizeistaat.
- Berlin hat sich zum sicheren Hafen ausgerufen – Abschiebungen wurden dennoch fortgesetzt.

Diese Dinge sind kein Zufall oder Versehen sondern liegen in der DNA von bürgerlichen Parteien, wie SPD und Grünen. Dort wo sie die Verantwortung haben, werden Privatisierungen umgesetzt, wird an der Gesundheit gespart und wird Polizeigewalt durchgesetzt. In einer Regierung mit ihnen wird DIE LINKE ebenfalls dafür verantwortlich gemacht.

Gerade die Enteignung von großen Immobilienkonzernen wird zum Lackmустest einer neuen Regierung werden. Es ist ein Skandal, dass DIE LINKE Berlin mit dem Sondierungsabkommen auch die Einrichtung einer sogenannten „Expertenkommission“ unterschrieben hat, die keine andere Aufgabe haben wird, als eine Umsetzung des Volksentscheids in die Länge zu ziehen. Giffey hat schon klar gemacht, dass sie alles tun wird, um den Volksentscheid nicht umzusetzen. Lange Rechtsprüfungen und Verhandlungen werden die logische Folge davon sein. Die LINKE verliert ihre Glaubwürdigkeit, als einzige Partei für die Enteignung zu stehen, wenn sie sich daran beteiligt. Sie sollte eher klar machen, dass keine Verbesserung an ihr scheitern wird und erklären, dass sie jede positive Verbesserung aus dem ausgehandelten Koalitionsvertrag im Abgeordnetenhaus mittragen würde und sie ggf. selbst einbringen. Doch sie sollte es ablehnen, sich an die pro-kapitalistischen Parteien SPD und Grüne zu binden und für deren Politik Verantwortung zu übernehmen. Es sind die gleichen, die im Bund gerade die Einführung einer Vermögenssteuer ablehnen und Angriffe auf die Mehrheit der Bevölkerung vorbereiten. Niemand ist gezwungen, die FDP in die Regierung zu holen. DIE LINKE sollte anbieten, sich bei der Wahl zur Regierenden Bürgermeisterin zu enthalten, damit SPD und Grüne ggf. eine Regierung bilden kann. Sie sollte aber politisch unabhängig von ihr bleiben und Verschlechterungen mittragen. Eine grundlegend andere Politik ist möglich, aber nicht mit Parteien, die nicht über den Kapitalismus hinaus gehen wollen.